



### Schulpreis für gelungene Inklusion Jakob-Muth-Preis – jetzt bewerben!

Noch bis zum 14. Juni können sich inklusive Schulen um den Jakob-Muth-Preis bewerben.

Mit dem Preis zeichnen der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, die Deutsche UNESCO-Kommission, die Bertelsmann Stiftung und die Sinn-Stiftung seit 2009 Schulen aus, die den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung vorbildlich gestalten.

Bei der Verleihung im Januar 2014 werden drei Schulen mit jeweils 3.000 Euro und ein Schulverbund mit 5.000 Euro belohnt.

Informationen und Bewerbungsunterlagen zum Jakob-Muth-Preis gibt es unter <http://www.jakobmuthpreis.de/>.

# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

16. April 2013

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir haben ein aufregendes Wochenende hinter und eine spannende Woche vor uns. Am Sonntag wurde auf dem Bundesparteitag der SPD unser Regierungsprogramm von den Delegierten verabschiedet, und zwar einstimmig! Gesetzlicher Mindestlohn, bezahlbare Mieten, mehr Betreuungsplätze für Kinder, Aufstiegschancen durch Bildung für alle – ich finde, das Programm ist sehr gelungen. Die Tagesschau hat den Inhalt schön aufbereitet: <http://t.co/d10jeeGih9>. In voller Länge ist das Programm [hier](#) zu lesen, und wer Peer Steinbrücks Rede noch einmal sehen möchte, findet [hier](#) ein Video.

Im Bundestag haben wir auch einiges vor in dieser Woche. Am Donnerstag wird es Debatten und Abstimmungen zur Zypern-Hilfe und zur Frauenquote geben. Mehr dazu auf den nächsten Seiten.

Auch in der „Osterpause“ war viel los. Uns alle hat das OLG München, das den NSU Prozess führt, beschäftigt. Erst kriegt der türkische Botschafter keinen Sitzplatz, dann ist unter den 50 Medien mit garantierten Plätzen kein einziges türkisches. Dabei waren acht der insgesamt zehn Opfer türkischstämmig. Am vergangenen Freitag hat nun das Bundesverfassungsgericht entschieden: Das Gericht muss beim NSU-Prozess eine angemessene Zahl von Sitzplätzen an Medien aus Ländern, die besonderen Bezug zu den Opfern der angeklagten Straftaten haben, vergeben. Eine richtige Entscheidung, finde ich! Wegen dieser Entscheidung hat das OLG München den Prozessbeginn jetzt auf den 6. Mai verschoben. Es wäre wirklich besser gewesen, das OLG hätte es gar nicht erst bis zu diesem Punkt kommen lassen und von Beginn an sensibler gehandelt. Auch im Sinne der Angehörigen der Opfer, denen man es hätte ersparen können, sich jetzt psychisch und praktisch auf einen anderen Prozessbeginn einstellen zu müssen.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin – wo endlich der Frühling angekommen ist!

Euse / Ihre Brigitta Zypries



#### Vorträge zum SPD-Jubiläum

##### „Die Republik Weimar: Friedrich Ebert und Genossen“.

Der erste Vortrag anlässlich des 150. Jubiläums der SPD zum Thema „Die Männer der ersten Stunde“ war ein voller Erfolg!

Schon diesen Donnerstag (18.4.) spricht Prof. Dr. Walter Mühlhausen, der Leiter der Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, über die SPD in der Weimarer Republik: „Die Republik Weimar – Friedrich Ebert und Genossen“ – um 19:30 Uhr im Karolinenaal, Staatsarchiv.

Prof. Mühlhausen redet engagiert und mitreißend – es wird bestimmt ein toller Vortrag! Die Darmstädter SPD und der Historische Verein für Hessen laden dazu herzlich ein.

Im Anschluss an das Referat gibt es wieder Zeit, Fragen zu stellen und zu diskutieren.

Der Eintritt ist frei.

## Entscheidung über Finanzhilfen für Zypern

Am Donnerstagmorgen sucht die Bundesregierung die Zustimmung des Bundestages zu **Finanzhilfen für Zypern**.

Griechenland, Irland, Portugal und Spanien sind die vier Euro-Länder, die zur Zeit Mittel aus den europäischen Rettungsprogrammen EFSM, EFSF, ESM und dem Internationalen Währungsfonds IWF bekommen. Zyperns Antrag auf Finanzhilfen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM ist in einem weit fortgeschrittenen Stadium. **Voraussichtlich am 24. April will der Gouverneursrat Finanzhilfen für Zypern beschließen.** Der deutsche Vertreter im ESM-Gouverneursrat kann seine Zustimmung zu diesen Finanzhilfen erst nach einem positiven Votum des Bundestages erteilen, deshalb gibt es dazu am Donnerstag mehrere Abstimmungen.

**Vor Ostern haben Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble große Unsicherheit geschaffen, da sie auf einem chaotisch verlaufenen Gipfel die Einbeziehung von kleinen Bankguthaben und Sparbeträgen auf zyprischen Banken gefordert und damit die Einlagensicherung im Euroraum in Frage gestellt haben.** In einem Neuanlauf wurde dann der Fehler korrigiert und die Einlagensicherung bis 100.000 Euro garantiert.

**Die neue Lösung hat wesentliche Forderungen der SPD aufgenommen.** Die Banken und die Großverdiener am zyprischen Geschäftsmodell werden nun an der Rettung Zyperns beteiligt. Banken müssen auch scheitern können, so wie jetzt die Laiki-Bank abgewickelt wird. Außerdem verpflichtet sich Zypern, Geldwäsche zu bekämpfen und sowohl die Körperschaftssteuer wie die Kapitalertragssteuer anzuheben, um damit die eigene Einnahmesituation zu verbessern. Seit dem Wochenende liegt uns nun das Memorandum of Understanding (MoU) vor, das die Bedingungen für die Finanzhilfen enthält. Wir prüfen die Dokumente sorgfältig.

- Informationen zum Thema Zypernhilfe stellt das BMF unter folgendem Link zur Verfügung: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/2013-03-27-faq.html>
- Was ist der ESM, wie funktioniert er, um wie viel Geld geht es und was sind die Risiken? Informationen hier: <http://www.spd.de/aktuelles/ESM/>



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zyprides@bundestag.de](mailto:brigitte.zyprides@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Abbildungen:  
S. 2: *Roman Laas*  
S. 3: *Konstantin Gastmann, [aboutpixel.de](http://aboutpixel.de)*

## Frauenquote – wir wollen Chancengleichheit für Frauen auch in Wirtschaftsunternehmen!

Ebenfalls am Donnerstag stimmt der Bundestag über Gesetzentwürfe aus dem Bundesrat und von SPD und Grünen zur stufenweisen Einführung einer **gesetzlichen Frauenquote** ab. **SPD, Grüne und Linke sind dafür, in der Regierung ist ein erbitterter Streit über das Abstimmungsverhalten von CDU und FDP ausgebrochen.** Mehrere Abgeordnete von Union und FDP wollen nach übereinstimmenden Medienberichten den vorgeschlagenen Gesetzestexten zustimmen – dann hätte die Regierung keine Mehrheit. Deshalb führte die Fraktionsspitze Gespräche und gestern hieß es dann, die Koalition habe einen Kompromiss gefunden – eine 30%-Quote ab 2020. Keineswegs im Gesetz, sondern nur im Parteiprogramm der CDU. Kristina Schröder versicherte daraufhin, zu diesem Zeitpunkt sei eine Quote ohnehin überflüssig geworden – weil die Unternehmen dann längst freiwillig so weit wären... Dass das nicht stimmt, liegt auf der Hand! Es gibt nämlich schon seit 2001 eine zwischen der damaligen Regierung und der Wirtschaft getroffene freiwillige Vereinbarung. Leider hat sie keine nennenswerten Fortschritte gebracht. Die Aufsichtsräte und Vorstände von großen Unternehmen sind nach wie vor fest in männlicher Hand: **In den 30 im Deutschen Aktienindex (DAX 30) notierten Unternehmen liegt der Frauenanteil bei Vorstandsmitgliedern derzeit bei 3,7 Prozent. Eine freiwillige Lösung wäre mir zwar auch lieber gewesen, nur: Sie funktioniert nicht!** Das haben die letzten 12 Jahre gezeigt – ich denke, daraus sollten wir endlich die richtigen Schlüsse ziehen.

Wenn Sie die Debatte verfolgen wollen: Diskussion und Abstimmung werden live auf Phönix und im Parlamentsfernsehen ([hier](#)) übertragen. Planmäßig ist der Beginn um 10.45 Uhr.

## Bericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ wird diskutiert

Am Donnerstagnachmittag wird im Bundestag der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ beraten. In den letzten 3 Jahren haben wir uns in dieser Kommission, die zu gleichen Teilen aus Bundestagsabgeordneten und Sachverständigen „von außen“ bestand, mit grundlegenden Fragen, die sich durch die Digitalisierung der Gesellschaft ergeben, beschäftigt. Jetzt liegen Berichte und Handlungsempfehlungen vor, u.a. zu den Themen Urheberrecht, Datenschutz, Netzneutralität, Bildung, Verbraucherschutz, Kultur und Medien, Wirtschaft und Arbeit. [Hier](#) kann man alle herunterladen!